

PI-RAT



Politische Informationen vom FachschaftsRat Erziehungswissenschaft - No 7. - 10/09

HOL SIE DIR ALLE!

EXZELLENT!

Jetzt neu!

JETZT MIT NOCH MEHR KOMPETENZ!

100% INNOVATIV

MIT CREDIT POINT-SPECIAL



EXTRA WORKLOAD

DIE NEUEN MODULE SIND DA!

Durchschnittliche Kompetenzwerte	pro Modul	Pro Lerneinheit*	%-DKW** / Lerneinheit*	DKW**
Präsentationskompetenz:	678 KE	230KE	70 %	299 KE
Konkurrenzkompetenz:	324 KE	110 KE	25 %	440 KE
Zeitmanagement-Kompetenz:	1200 KE	400 KE	33 %	1200 KE
Lese- und Lernkompetenz:	565 KE	192 KE	90 %	211,2 KE
Stressbewältigungskompetenz:	2433 KE	812 KE	5 %	16240 KE
Selbstmarketingkompetenz:	210 KE	70 KE	20 %	350 KE
Humankompetenz:	992 KE	330 KE	20 %	1650 KE

* 1 Lerneinheit entspricht 2,67 Credit Points (Workload von 30 Stunden / Semester)
** DKW: Von der KMK festgelegter Durchschnittskompetenzwert einer durchschnittlichen BA-Veranstaltung. Der Durchschnittskompetenzwert variiert je nach Studiengang und Höhe der Studiengebühren.

**Vorstellung der Fachschaftsräte
am Fachbereich ErziehungswissenschaftSeite 3**

Bildung in der Krise
Eine kurze Chronologie der Protest-Aktivitäten des vergangenen SemestersSeite 5

"Jedes Semester ein Abitur"
Interview mit Katrin Becker zu Klausurenboykotts, dem Masterabschluss im Lehramt,
dem Faktor Angst im Studium und die Perspektiven der Entwicklung der StudienreformSeite 8

Jungs [und Mädchen], hier kommt der Masterplan!
Zu der aktuellen Erarbeitung der MasterstudienordnungSeite 11

Was macht das Studierendenzentrum?
Interview mit Fabian Fritz, der im Studierendenzentrum arbeitet und dort Studierende
bei Problemen und Fragen berät. Er berichtet über Studieren im Bachelor-SystemSeite 13

ABK – Die KompetenzkompetenzSeite 14

So frei wie wir Studierende ...
Zum neuen studentisch selbstverwalteten RaumSeite 15

Wahlen zum FakultätsratSeite 16

Zwei Schritte voran, ein STEP zurück
Das Erbe der Auweter-Kurtz – zum Struktur- und EntwicklungsplanSeite 17

Für ein gebührenfreies Studium!
Zur Unterschriftenkampagne im Wintersemester 2009/10Seite 20

Buch- und Lesetipps, TerminSeiten 12, 14, 15

Impressum:

PI-Rat 7-10/2009. Auflage: 800.

Redaktion: Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft.

V.i.S.d.P.: FSR ErzWiss, F. Muhl, VMP 8, 20146 HH

Autoren: Maike Andreas, Christian Galati, Jonathan Gerloff, Jana Kemper, Sinah Mielich,

Florian Muhl, Till Petersen. Fotos: Chr. Galati, F. Muhl. Layout: T. Petersen.

VORSTELLUNG DER FACHSCHAFTSRÄTE AM FACHBEREICH ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

Liebe Kommiliton_innen,

in euren Händen haltet ihr die neueste Ausgabe des "PIRat" (Politische Informationen vom FachschaftsRat), der Zeitschrift der Fachschaftsräte (FSR) am Fachbereich Erziehungswissenschaft. In dieser Publikation, die mindestens einmal im Semester herausgeben wird, wollen wir euch über aktuelle hochschulpolitische Entwicklungen an der Uni informieren. In diesem Text wollen wir uns aber erstmal vorstellen und erklären, warum wir im Fachschaftsrat aktiv sind.

Wer oder was ist der FSR?

Grundsätzlich gibt es zwei verschiedene Ebenen studentischer Selbstverwaltung, in der Studierende miteinander organisiert sind, um ihre politischen und sozialen Interessen in den hochschul- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu vertreten. Dabei gibt es für jeden Fachbereich einen oder mehrere Fachschaftsräte (FSR) und universitätsweit den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), die Vertretung aller Studierenden. Der AStA wird vom Studierendenparlament (Stupa) gewählt. Diese Gremien sind die primären Ansprechpartner der Studierenden bezogen auf die jeweiligen Ebenen der Universität (fachschaftsintern bzw. universitätsweit). Hier werden Informationen verbreitet und Beschlüsse für die studentischen Belange gefasst oder Proteste initiiert.

Die FSRe Erziehungswissenschaft - ein Zusammenschluss aus den

Fachschaftsräten für Lehramt (GruMi, LAPS, LOA & LAGym) und Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaft (Dipl., Mag, Ba & Ma) - sind die studentische Interessenvertretung auf der Ebene des Fachbereiches.

Die jetzige Konstellation der Fachschaftsaktiven wurde bei den jährlich stattfindenden Fachschaftsratswahlen (letzte Dezember 2008) neu bzw. wieder gewählt. Ein paar von uns sind schon über drei Jahre im FSR aktiv und studieren Erziehungswissenschaft auf den auslaufenden Diplom- und Magisterstudiengängen; einige von uns sind neu dazugekommen, studieren auf Bachelor / Master. Was uns vereint, ist der Kampf gegen die neoliberalen Umstrukturierungen an der Universität und der Glaube daran, dass ein Studium mehr sein sollte als eine Ausbildung für den Arbeitsmarkt.

Universität nur Produktionsstätte von Humankapital?

Wie alle Begriffe ist auch (uni-

versitäre) Bildung ein politisch umkämpfter Begriff, so dass Bildungsinstitutionen aufgrund eben dieser konträren Vorstellungen von Bildung ständigen Veränderungsprozessen unterliegen. So sind auch "Maßnahmen" wie die Einführung von allgemeinen Studiengebühren, die neu eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge, und der nicht demokratische legitimierte Hochschulrat (1) zu erklären. Sie wurden durchgesetzt aufgrund einer bestimmten Vorstellung von Bildung. Aber was ist eigentlich universitäre Bildung?

Wenn du Erziehungswissenschaft studierst, wirst du in den Vorlesungen bestimmt auch etwas von dem sog. Humboldt'schen Bildungsideal hören. In diesem Bildungsideal sollen die Universitäten als Ort verstanden werden, wo Menschen sich "vordergründig zweckfrei" (2) der Wissenschaft widmen und sich dadurch zu handlungsfähigen und welt-offenen Persönlichkeiten entwickeln. Abgesehen davon, dass die-



ser Anspruch niemals in Gänze erfüllt werden konnte (weil Bildung - damals wie heute - in einer warenförmigen Gesellschaft immer auch den ökonomischen Verwertungskriterien unterworfen wird) steht jedoch fest, dass Hochschulen heute wie "Bildungs-Unternehmen" funktionieren sollen. In so einem Bildungsunternehmen gilt dann wie in allen Unternehmen innerhalb des kapitalistischen Systems, dass möglichst viel und spezifisches (Human-)Kapital produziert werden muss um im internationalen Konkurrenzkampf des (Hochschul-) Bildungsmarktes "überleben" zu können. Zentral für diese Neubestimmung von Bildung und Universität ist, durch die Etablierung einer betriebswirtschaftlichen Organisation Strukturzwänge zu schaffen, die die (relative) Autonomie der Universitäten, die sie durch ihren Status als öffentliche Institution hatten, noch stärker einschränken. Mit dem Ziel einer umfassenden Ausrichtung von Lehre und Forschung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft.

Die Folgen sind, dass spätestens seit 1999 mit dem "Bologna-Prozess" (3) die Universität es durch die Verdichtung der Studienzeit, erhöhten Prüfungsaufwand und einen streng reglementierten Studienablauf kaum noch möglich macht, ein eigenständiges und kritisches Studium zu gestalten. Jenseits einer Glorifizierung der alten Studiengänge soll durch die Einführung der Studimaut - mit der erreicht wer-

den soll, dass Bildung als individuell käufliche Ware begriffen wird - das Studium schnell und kritiklos "durchgepowert" werden, um sich danach auf den sog. "freien Arbeitsmarkt" zu begeben.

Don't let the system get you down!

Natürlich ist das, was an (neoliberalen) Umstrukturierungen an den Unis durchgeboxt wurde, nicht unveränderlich! Es wird nur dann unveränderlich, wenn keiner etwas (dagegen) macht, und man das bestehende als vermeintlich "objektiven" Sachzwang unkritisch hinnimmt. Mit dem Wissen, dass Ba/Ma, Studiengebühren, STiNE und Hochschulrat nur aufgrund einer bestimmten Vorstellung von Bildung durchgesetzt worden sind, und alles das was von Menschen gemacht worden ist, auch verändert werden kann, sehen wir als FSR die Chance u.a. mit einer kritischen Intervention in die Hochschulöffentlichkeit Veränderungen mitinitiiieren zu können. Dies funktioniert umso besser, wenn sich viele (also auch Du) engagieren. Möglichkeiten gibt es viele. Sei es dadurch, dass man (wie wir vom FSR) in den Gremien des Fachbereichs (Fakultätsrat, Ba/Ma Ausschuss..) für die studentischen Interessen und Verbesserungen der Studienbedingungen wirkt, Podiumsdiskussionen ausrichtet, auf denen hochschulpolitische Entwicklungen diskutiert werden, die Kampagne "Eine Schule für

alle" unterstützt, den Bundesweiten Bildungsstreik am Fachbereich mitorganisiert, für mehr selbstorganisierte Räume (siehe Artikel Seite 15) kämpft oder einfach nur in einem Seminar beharrlich gegen T.I.N.A. ("There is not alternative") argumentiert. Wir teilen nicht, dass Bildung in "Workloads" und "Credit Points" gepresst werden kann und die verwertungsorientierte Hetze im modularisierten Hamsterlaufstall irgendetwas mit einem universitärem Studium zu tun hat! Die Studienstruktur muss so gestaltet werden, dass eine selbstständige und kritische Aneignung von Wissen möglich ist und Neugierde, Kreativität und Spaß am forschenden Lernen angeregt wird. Außerdem sind wir der Auffassung, dass Bildung und Wissenschaft eine gemeinschaftliche Angelegenheit sein sollte, die es den solidarisch Lernenden ermöglicht, sich als kritisch denkende Menschen zu entwickeln und dadurch zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller beizutragen.

Bei den FSRen heißen wir euch daher immer gerne Willkommen und hoffen auf ein baldiges Wiedersehen beim gemeinsamen Wirken dafür, dass Bildung und Wissenschaft stets die Entwicklung kritischer Geister bedeutet.

Weitere Infos gibt's auf unserer Internetseite www.fsr-erzwiss.de, und uns persönlich im Raum 035a im Erdgeschoss von Von-Melle-Park 8.

Eure Fachschaftsrate

1 Hochschulrat: Der Hochschulrat ist ein Gremium in der Rolle eines Aufsichtsrates für die Uni und entscheidet u.a. über grundsätzliche Strukturfragen der Hochschule und die Festlegung der finanziellen Ausstattung der Hochschule. Er operiert jenseits der akademischen Selbstverwaltung und ist auch keinem demokratischen Gremium Rechenschaft pflichtig.

2 "Privatisierungsreport 6 - Schöne neue Hochschulwelt", auf http://www.gew.de/Binaries/Binary34669/080415_GEW-Priva-6-final.pdf

3 Der "Bologna Prozess" beruht auf einer im Jahre 1999 von 29 europäischen Bildungsministern unterzeichneten Erklärung zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Ziele waren u.a. die Mobilität der Studierenden zu erhöhen und die Einführung der Ba/Ma Studiengänge.

BILDUNG IN DER KRISE

Eine kurze Chronologie der Protest-Aktivitäten des vergangenen Semesters

(fm) Zu Beginn des Wintersemesters 08/09 war bekannt geworden, dass von der Uni-Leitung gravierende finanzielle Einschnitte für die Erziehungswissenschaft geplant sind: mehr als 10% der Mittel sollten gestrichen werden. Da der Fachbereich so wie die gesamte Universität bereits seit langem unterfinanziert ist, formierte sich dagegen innerhalb des Fachbereichs auf verschiedenen Ebenen Widerstand.

Vertreter_innen der Professoren-schaft am Fachbereich gingen mit einem offenen Brief, der sich an die Leitung der Universität, den Hochschulrat sowie die verantwortlichen Behördenvertreter_innen richtete, an die Öffentlichkeit (1). Im Anschluss an eine studentische Vollversammlung Ende Oktober zogen mehrere Dutzend Studierende mit Bannern ("Gegen eine forcierte Unterfinanzierung der Geisteswissenschaften", "Für ein geistesgegenwärtiges Präsidium") zum Präsidium im Hauptgebäude der Universität und übergaben dort eine Resolution, die sich gegen das "Kaputtsparen" der Lehrerbildung richtete. Um den Protest breit zu organisieren und möglichst viele Kommiliton_innen zu informie-

ren, wurde auch virtuell mobilisiert: Im Anschluss an die VV wurde der EduCommsy-Projekt-raum "Rettet die Erziehungswissenschaft" (später umbenannt in "Rettet die Bildung") gegründet, dem im Laufe des Semesters über 500 Studierende, Lehrende u.a. beitraten. Unsere Forderung nach einem Gespräch mit der Präsidentin wurde jedoch erst ein paar Tage später erfüllt. Im Verlauf des Gesprächs kam es zu einem Eklat: Die Präsidentin drohte nämlich, als die studentischen Vertreter_innen mit aktuellen Zahlen die schlechte Lage des Fachbereichs belegten, mit weiteren Kürzungen, sollte weiter lautstark gegen die von ihr (mit-)betriebene Politik protestiert werden.

Für den 5. November war zu einer Fachbereichsvollversammlung aufgerufen worden, an der sich neben ca. 250 Studierenden auch ein Dutzend Mitglieder des Lehrkörpers sowie Mitarbeiter vom Technischen-, Verwaltungs-, und Bibliothekspersonal beteiligten. Die Professoren Koller und Paz-zini brachten in ihren Redebeiträgen zum Ausdruck, welche verheerende Wirkung die

geplanten Kürzungen auf die Lehrsituation des Fachbereichs haben würden und riefen zur Unnachgiebigkeit bei den Protesten auf (2). Auf der VV wurde die Durchführung eines so genannten "Dies academicus" (~ akade-



mischer Tag) Anfang Dezember beschlossen. An diesem Tag sollte der reguläre Lehrbetrieb ersetzt werden durch eine Auseinandersetzung des gesamten Fachbereichs mit "den (hochschul-)politischen Bedingungen von Forschung, Lehre und Studium, mit ihren Entwicklungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten, sowie mit Handlungsperspektiven."

Noch im November war eine Demonstration unter dem Motto "Bildung - Das ist der Gipfel - Für Gebührenfreiheit, Für Uni bleibt, Für kritische Bildung" organisiert worden, an der sich ca. 400 Personen beteiligten. Jedoch nicht nur an der Uni gab es Protest: Am 12. November fand der Bundesweite Schulstreik statt, anlässlich dessen in Hamburg mehr als 7.000 Schüler_innen auf die Straße gingen um für Eine Schule für Alle, gegen Bildungsgebühren, gegen das "Turbo-Abi" nach 12 Jahren und für kleinere Klassen zu demonstrieren.





Der Dies Academicus, der am 11. Dezember stattfand, sorgte dafür, dass u.a. die prekäre Finanzierung des Fachbereichs breit thematisiert wurde: Der reguläre Lehrbetrieb wurde ausgesetzt und es fand eine Vielzahl an alternativen Workshops und Veranstaltungen statt. Eine 30minütige Dokumentation über den Tag ist im Internet verfügbar (3).



Auch im neuen Jahr gingen die Proteste weiter (4). So startete am 20. Januar ein weiterer Protesttag. An der Auftaktveranstaltung beteiligten sich ca. 150 Personen, die das Foyer des PI (VMP8) nahezu komplett füllten. Es sprachen Prof. Wocken, der am Fachbereich Sonderpädagogik lehrte und der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Klaus Bullan. Im Laufe des Tages fanden mehrere Veranstaltungen und Workshops statt, die am Nachmittag mit einer Abschlussveranstaltung beschlossen wurden. Hier wurde die Fortsetzung der Proteste und Auseinandersetzungen für eine angemessene Finanzierung unse-

rer Fakultät und der Universität generell etc. zu Beginn des Sommersemesters beschlossen.

Dies geschah in der Protestwoche vom 20.-24. April (5). Erneut wurde

von Studierenden und Lehrenden eine Vielzahl von Workshops und Veranstaltungen angeboten oder bestehende Seminare thematisch umgewidmet. Einige Seminare wurden auch auf den Rathausmarkt verlegt, wo es Konflikte mit der Polizei gab. Anlässlich einer Sitzung des Uni-Präsidiums wurde selbigem von ca. 70 Kommiliton_innen ein Besuch abgestattet und die Uni-Präsidentin mit unserem Anliegen konfrontiert. Sie entzog sich jedoch einer Diskussion und rief die Polizei herbei, die sie schließlich flotten Schritts zu einem Taxi eskortierte... Die Woche endete mit einer Demonstration an der sich ca. 600 Kommiliton_innen beteiligten, zu der gemeinsam mit dem AstA der HAW und dem "Rauhen Haus" aufgerufen wurde (6).

Vom 12.-14. Mai wurde auf Initiative der Fachschaftsrätekonferenz (FSRK) eine uniweite Urab-



stimmung über die Frage "Bist Du für die Gebührenfreiheit des Studiums?" durchgeführt. Es beteiligten sich 8.432 Kommiliton_innen. Davon stimmten 96,8% für die Gebührenfreiheit des Studiums(7).

Am 27.Mai war die Uni-Präsidentin vom Fakultätsrat EPB zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen worden, auf der sie u.a. zu den Plänen, die Universität in die Hafen City zu verlagern, sprechen sollte. Nach ihrem peinlichen und farblosen Auftritt wurde sie von einer Gruppe Studierender zu ihrem Auto begleitet und konnte sich erneut nur mit Hilfe herbeigerufener Polizei auf den Nachhauseweg machen.



Höhepunkt der Aktionen gegen die aktuelle Bildungspolitik im vergangenen Sommersemester war jedoch zweifelsohne der Bundesweite Bildungsstreik in der Woche vom 15.-19. Juni. Bundesweit wurden Fachbereiche blockiert und Freiraum für eine Auseinandersetzung mit den Forderungen des Bildungsstreiks geschaffen. Am Mittwoch demonstrierten bundesweit hunderttausende Menschen und es wurden symbolische Banküberfälle durchgeführt um mit der Forderung "Geld für Bildung statt für Banken" das Regierungshandeln anlässlich der Finanzkrise



auf's Korn zu nehmen. Es wurde mit der Woche viel Aufsehen erregt und dafür gesorgt, dass die unzähligen Fehlentwicklungen im Bildungsbereich sowohl an den Bildungseinrichtungen als auch in der Öffentlichkeit und der Presse zum Thema wurden. An unserem Fachbereich wurde an mehreren Tagen der komplette Lehrbetrieb blockiert um Raum für inhaltliche Auseinandersetzungen über aktuelle Probleme und nötige Änderungen zu schaffen und Diskussionen über Perspektiven der alternativen Hochschulentwicklung voranzubringen.

Im Verlauf des vergangenen Semester wurde die Lage für "Raketen-Moni" immer verzwickter. Immer größere Teile der Universität stellten sich öffentlich gegen sie und den von ihr verfolgten Reform-Kurs. Sie stellte sich auch zusehends ungeschickt an. So weigerte sie sich bspw. den vom Fakultätsrat der Geisteswissenschaften einstimmig zum Dekan gewählten Prof. Gutmann, der offen ein anderes, demokratisches Verständnis von Universität als Frau Auweter-Kurtz vertrat,

einzusetzen. Aus Protest gegen die undemokratische Politik des Präsidiums traten Ende Mai vier der zehn professoralen Vertreter_innen im Akademischen Senat

zurück. Am 25. Juni stimmten fünf der sechs Dekane mit 4:1 für eine Abwahl von Auweter-Kurtz als Uni-Präsidentin. Anfang Juli beugte sie sich dann dem öffentlichen Druck und gab ihr Amt als Uni-Präsidentin auf.

Dies ist einerseits natürlich sehr erfreulich, zeigte sich doch, dass mit vereinten Kräften genügend Druck aufgebaut werden konnte um Monika Auweter-Kurtz aus ihrem Amt zu jagen. Sie gab mit ihrer herrischen und undiplomatischen Art mit dem sie regelmäßig für Skandale sorgte (siehe z.B. den "Maulkorberlass") jedoch auch ein "dankbares Feindbild" ab. Darin lag und liegt jedoch die Gefahr, dass über dem Protest gegen "Raketen-Moni" als Person das wofür sie steht bzw. stand, in den Hintergrund gerät. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang, dass sich bisher keine Wende weg von der neoliberalen

Hochschulpolitik (Entdemokratisierung, Studiengebühren) abzeichnet, die in Hamburg unter Senator Dräger (2001-2008) gestartet und von Auweter-Kurtz weiter betrieben wurde. Der unter ihrer Leitung auf den Weg gebrachte Struktur- und Entwicklungsplan (STEP) wurde nach ihrem Abtritt im Akademischen Senat einstimmig beschlossen (auch von Professor_innen, die an unserem Fachbereich lehren). Von der geplanten Mittelkürzung in der Erziehungswissenschaft wird also bisher nicht abgerückt. Auch inwiefern in Zukunft verstärkt Studiengebühren zur Aufrechterhaltung des regulären Lehrbetriebs verwendet werden, wird sich erst noch zeigen...

Es gibt also weiterhin genügend Gründe dafür, gemeinsam mit anderen an der Uni (und über sie hinaus) politisch aktiv zu werden und das Feld nicht kampflos denjenigen zu überlassen, die die Universität in erster Linie unter Verwertungskriterien und ihre Mitglieder (also u.a. uns Studenten und Studentinnen) als das Humankapital von morgen betrachten. Für ein ganz anderes Ganzes!



1) Protestbrief der Prof. vom 11.10.2008 : <http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/Dokumente/Protestgegenkuerzung-finis.pdf>

2) Prof. Pazzini und Prof. Koller auf der VV am 05.11.2008: <http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/wordpress/?p=249>

3) Dokumentation des Dies Academicus: http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/Video/dies_academicus_2008_12_11.avi

4) "Reader zur aktuellen Bildungs- und Kürzungproblematik":

http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/Dokumente/Reader_2.Auflage.pdf

5) Programm der Protestwoche:

http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/Flyer/Vorl%C3%A4ufiges_Programm_Protestwoche_April09.pdf

6) Rückblick + Pressespiegel zur Protestwoche: <http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/wordpress/?p=403>

7) Urabstimmungsbroschüre der FSRK: http://www.gebuehrenboykott.de/IMG/pdf/FSRK_2009-05-04_Urabstimmungsbroschuere.pdf

"JEDES SEMESTER EIN ABITUR"

Interview mit Katrin Becker zu Klausurenboykotts, dem Masterabschluss im Lehramt, dem Faktor Angst im Studium und die Perspektiven der Entwicklung der Studienreform.



Katrin studiert im 4.Semester Lehramt an Gymnasien auf Bachelor mit den Unterrichtsfächern Englisch und Französisch. Sie gehört zur ersten Generation der Bachelorstudierenden an der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie, Bewegungswissenschaft der Uni Hamburg. Sie ist im Fachschaftsrat der Lehramtsstudierenden an allgemeinbildenden Schulen aktiv und arbeitet als studentische Vertreterin im Ausschuss für die Einführung der Masterstudienordnung im Lehramtsstudium mit.

Das Interview führte Florian Muhl am 6.7.2009

Ich habe gehört, dass du mit anderen KommilitonInnen und eurer kompletten Vorlesung in der vergangenen Woche die Abschlussklausur in der Englischdidaktik boykottiert hast. Wie seid ihr darauf gekommen?

Die Idee zu diesem "Boykott" ist mit Kommilitonen entstanden, die im gleichen Semester sind und auch Englisch studieren. Wir sitzen zusammen in den Veranstaltungen des Moduls "Einfüh-

rung in die Englischdidaktik" und wir sind außerdem studentische Vertreter in dem Lehramtsausschuss für die Konzeption des Masters. Und da haben wir uns überlegt, dass man eigentlich auch schon auf

einer konkreteren Ebene etwas gegen Prüfungsstress machen kann, als nur in den fachspezifischen Bestimmungen.

Warum habt ihr die Klausur boykottiert?

Einerseits haben wir inhaltlich in dieser Vorlesung sehr viel darüber gesprochen, wie man eine günstige Lernatmosphäre schaffen kann und was für Lerntheorien man auch für den Englischunterricht zugrunde legen kann. Dabei ist als Fazit einer Sitzung z.B. herausgekommen, dass die Lernatmosphäre angstfrei sein muss. Die Lernenden dürfen keine Angst vor den "Repressionsmaßnahmen" der Lehrer haben müssen. Eine andere Sache ist, dass Austausch eine ganz wichtige Sache ist, das man sich also gegenseitig weiterbringt und dass das viel mehr bringt, als wenn jeder für sich etwas auswendig lernt. Nur so lässt sich der Lernstoff verankern. Das war also das Fazit. Und dann haben wir uns überlegt, dass es eigentlich nicht sein kann, dass man in einer Vorlesung, in der man solche Inhalte erarbeitet, diese Inhalte mit einer

Klausur abprüft. Denn es ging in der Vorlesung nicht darum, abprüfbares Wissen zu produzieren sondern um die Perspektive auf mein weiteres Studium und meine Tätigkeit als Englischlehrerin. Insofern fanden wir es widersprüchlich dort eine Klausur zu schreiben. Ein weiterer Anlass waren die Vollversammlungen am Fachbereich, auf denen richtig viele Kommilitonen waren, die von Stress aufgefressen werden. Wir haben uns überlegt, dass wir mit einem Boykott der Klausur etwas gegen diesen Stress tun können.

Wie habt ihr den Boykott konkret organisiert?

Wir haben erstmal von unserer Seite aus einen Brief verfasst und den Brief zwei Wochen vorm Klausurtermin in der Vorlesung verteilt. Dann haben wir geäußert, dass wir gerne in der nächsten Sitzung darüber sprechen möchten, wenn sich alle den Brief durchgelesen und sich überlegt haben, wie sie zu der Klausur stehen. Unsere Professorin hat dem zugestimmt und gesagt: "Ja, ist in Ordnung, machen wir." Nach der Vorlesung hat sie aber auch gleich ihre Bedenken geäußert: Sie sagte sinngemäß, dass sie eine Vorlesung ohne Klausur für sinnlos halte. Darauf dachten wir uns schon, dass wir uns darauf einstellen müssen, dass das Ganze vielleicht doch nichts wird. In der folgenden Woche haben wir uns dann in der Vorlesung darüber unterhalten und es wurde schnell deutlich, dass eigentlich niemand diese Klausur schreiben möchte.

Es gab also ein durchweg positives Feedback von den Studierenden?

Ja, auf jeden Fall. Die Überlastung war sehr deutlich. Es war auch niemandem klar, wie man sich auf die Klausur vorbereiten sollte, also ob man jetzt einfach zu Hause alles auswendig lernen soll. Das hätte niemand gewollt. Dann kam das Argument: Es gibt ja vielleicht welche, die die Klausur schreiben wollen... Die gab es aber nicht. Nur zwei, drei Leute von 40 meinten: "Hm, vielleicht ist eine Klausur doch nicht so schlecht." Dann haben wir weiter diskutiert und sind zu zwei Möglichkeiten gekommen: Die erste war, eine "Open-Book-Klausur" zu schreiben, also dass alle hinkommen und ihre ganzen Materialien, also die ganzen Handouts und die Powerpoint-Folien, die wir bekommen haben, mitbringen und damit die Fragen beantworten können. Die andere Möglichkeit war, dass wir die Klausur mit nach Hause nehmen können, uns zu Hause mit dem Thema auseinander setzen und das dann gemeinsam in der letzten Sitzung auswerten und wir uns dann Notizen machen, was gefehlt hat, was noch hätte berücksichtigt werden müssen. Wir haben dann abgestimmt: 3 Leute haben sich enthalten, für die Open-Book-Klausur waren 2-3 Leute, und der ganze Rest - ca. 35 (von normalerweise insgesamt 50 Teilnehmenden) - war dafür, die Klausur für zwei Wochen mit nach Hause zu nehmen, die Aufgaben dort zu bearbeiten und dann in der Vorlesung zu besprechen. Was vielleicht noch ganz wichtig ist: Es waren nicht nur Bachelor-Studierende, sondern auch StaatsexamlerInnen. Die brachten den Einwand, dass sie laut ihrer Prüfungsordnung in der Fachdidaktik eine Klausur

geschrieben haben müssten. Unsere Professorin meinte dann aber, dass die Prüfung trotzdem als Klausur gewertet werden könnte, weil man sich ja trotzdem hinsetzt und Fragen bearbeitet. Damit war das Vorgehen dann auch für die in Ordnung. Im Anschluss kamen dann auch noch viele Leute zu uns und haben sich positiv darüber geäußert und sich gefreut, dass wir das gemacht haben.

Ich möchte zum Thema Angst im Studium eine Frage stellen. Ihr ruft das Thema ja auch in eurem Schreiben auf, wenn ihr schreibt: "Wäre es nicht schön, wenn wir uns auf die letzte Sitzung der Vorlesung freuen könnten, anstatt davor Angst zu haben?" Was für eine Rolle spielt Angst in deinem Studium?

Generell würde ich sagen, dass ich das im Semester ganz gut ausblenden kann. Ich versuche, mich auf die Veranstaltungen zu konzentrieren, aber es ist trotzdem so, dass es in den letzten drei, vier Wochen des Semesters immer unterschwellig mit dabei ist. Ich weiß dann: Ich habe noch ein paar Wochen Zeit, um mich irgendwie auf so und so viele Klausuren und Hausarbeiten vorzubereiten. Ich würde jetzt nicht sagen, dass ich zu Hause sitze und Angst- oder Panikattacken bekomme, aber es spielt halt immer mit.

Warum haben die Bachelorstudierenden Angst?

Ich glaube, wir schreiben gar nicht so viel mehr Prüfungen als die Staatsexamler, bei uns ist es nur so, dass jede Note, die wir bekommen, in die Bachelor-Note eingeht. Wir wissen, dass es in Jahrgängen, in denen viele angenommen wurden, sein

kann, dass nicht alle einen Masterplatz bekommen. Wenn es zu einer Auswahl kommt, dann ist die Note das Auswahlkriterium und das wird wohl auch so in dieser Auswahlsetzung¹ stehen. Daraus resultiert dann dieser Druck. Das ist nicht nur eine Angst davor, dass man eine Veranstaltung nicht besteht, sondern auch davor, was dann da für eine Zahl steht. Im Prinzip entfernt eine jede "schlechte" Note von einem Masterplatz.

Du hattest ja gesagt, dass du auch in dem Ausschuss für die Einführung des Master im Lehramtsstudium sitzt. Kannst du da etwas zu den Übergangsquoten sagen?

Es gibt ja eine Berechnung von den zur Verfügung stehenden Plätzen. Dieser Berechnung wird die Erfolgsquote "des Bachelors" zugrunde gelegt. Die wurde für alle Studiengänge gleich festgelegt, und zwar auf 0,7 also 70%, was auch keine bessere Quote ist, als in den alten Studiengängen. Dann gibt es eine lehramtspezifische Übergangsquote und die ist 0,952. Beide Quoten wurden miteinander multipliziert; dabei kommen dann 0,68 raus. Also werden 68% der Leute, die auf Bachelor angefangen haben, einen Masterplatz bekommen. Wichtig ist, dass diese Berechnung eine einmalige Grundlage für die Festlegung der Kapazitäten war, es wird also nicht jedes Jahr neu berechnet mit der tatsächlichen Erfolgsquote. Es stehen letztlich rund 900 Bachelorplätzen 600 Masterplätze gegenüber (alle Lehrämter). So, das ist erstmal die Berechnung. Die Abbrecherzahlen sind schwierig zu erschließen, weil man nicht weiß, ob diejenigen ein anderes Unterrichtsfach gewählt haben oder ein anderes Lehramt... Man kann aber schon sehen,

dass viele Leute abgebrochen haben, auch aus unserem ersten Jahrgang. Und konkret für den ersten Jahrgang wird es sowieso nicht so ein Problem geben, weil viele länger brauchen, das zeichnet sich jetzt schon ab. Zum Anderen wurden in unserem Jahrgang weniger Leute zugelassen als es Plätze gab, d.h. für den ersten Jahrgang ist diese Angst eigentlich unbegründet. Schwierig wird es ab dem zweiten Jahrgang, weil dort mehr Leute zugelassen wurden, als es Plätze gab, weil sich viele eingeklagt haben. Dann kommen die Leute aus dem ersten Jahrgang dazu, die es nicht rechtzeitig geschafft haben, weil bei uns vieles unklar war. Ich gehe schon davon aus, dass es in den nächsten Jahrgängen mehr Leute gibt, die den Bachelor in der Regelstudienzeit schaffen oder sich das vornehmen. Das heißt ab dem zweiten Jahrgang kann es dann schon sein, dass diese Angst nicht ganz unbegründet ist. [...]

Engagement braucht ja auf jeden Fall verfügbare Zeit bzw. Zeitressourcen. Vielleicht kannst du etwas dazu sagen, wie du das selber machst: Du studierst auf Bachelor, bist gleichzeitig im Fachschaftsrat und in diesem Ausschuss aktiv, was sicherlich auch viel Zeit und Energie kostet. Wie machst du das mit deinem Studium?

Ich habe mir von Anfang an die Frage gestellt: Muss ich das unbedingt in sechs Semestern schaffen? Ich hab mir dann angeguckt, ob das wirklich sein muss und festgestellt, dass acht Semester auch in Ordnung sind. Und selbst darüber hinaus kann man das Studium noch ausweiten, wenn man das begründen kann. Ich habe mich dann letztendlich bewusst dazu entschie-

den, mir mehr Zeit zu nehmen. Ich muss dazu aber sagen, dass ich nicht finanziell abhängig von BAFÖG bin. Wenn ich dann Kommilitonen sehe, bei denen das so ist und die Regelstudienzeit für die Berechnung des BAFÖG zugrunde gelegt wird, dann überlegt man sich natürlich ob man sich mehr Zeit gönnen kann. Aber so hab ich das quasi gemacht: Es war im Prinzip eine bewusste Entscheidung.

Der Notenzwang betrifft mich natürlich auch. Er resultiert aber letztlich nicht nur aus der begrenzten Anzahl an Masterplätzen, die Bedeutung von "guten Noten" als Selbstzweck kommt auch aus der Studienordnung. Sie erweckt den Eindruck, dass die Qualität des Studiums direkt mit den Noten zusammenhängt.

Ich bin auch ein Opfer dieses Denkens. Man kann das zwar hinterfragen, aber es ist trotzdem schwer sich diesem Denken zu entziehen.

Insgesamt finde ich diesen Zustand sehr schade. Mein Studium habe ich mir anders vorgestellt. Das jetzige System kenne ich bereits aus der Schule. Es wird mir gesagt, was ich zu lernen habe und die Bewertung ob und wie gut ich gelernt habe, kommt nicht selbstbestimmt von mir, sondern von einer Person, die vorne steht. Ich war eigentlich davon ausgegangen, dass im Studium andere Dinge zählen.

In den vergangenen vier Semestern habe ich so viel auswendig gelernt... Es ist eigentlich so, als ob man am Ende jedes Semesters ein Abi schreibt. [...]

Dabei ist der internationale Austausch doch eigentlich eines der Ziele, die durch die Einführung des Bachelor optimiert werden sollten.

Ja, eigentlich schon... Ich plane gerade ein Auslandssemester in England. Und es ist einfach viel schwieriger. Hätte ich jetzt noch einen Studienplan wie in den alten Studiengängen und hätte ich einen großen freien Bereich in dem ich Veranstaltungen besuchen soll, dann könnte ich mir fast alles anrechnen lassen, was ich dort belege. So kann ich mir von all den Veranstaltungen, die ich dort besuche, drei anrechnen lassen, weil nur die in das passen, was in den Modulbeschreibungen steht. Dort steht ja nicht nur, dass man eine bestimmte Anzahl von SWS ableisten soll, sondern es werden relativ genau Inhalte definiert, es wird eine Prüfungsform definiert, es wird eine Präsenzzeit definiert und das muss alles irgendwie äquivalent sein. Letztendlich kommt es dann auf den guten Willen des Dozenten an, der da Koordinator ist, also ob der in der Anrechnung kulant ist oder ob der den Modulplan für gottgegeben ansieht.

Andererseits finde ich das auch gar nicht so schlecht, weil ich dadurch die Möglichkeit habe, mir wirklich das auszusuchen, worauf ich Lust habe statt nur meinen Modulplan zu folgen. Das ist dann quasi das erste Mal in meinem Studium.

In einem System was an und für sich noch viel restriktiver ist, aber dadurch, dass ich dort nicht in dem System selber bin, kann ich mich dort freier bewegen, was ich hier nicht kann.

Was für eine Perspektive siehst du, um das System hier menschen- bzw. studienfreundlicher zu machen?

Das ist schwierig. Eine Sache wäre natürlich kurzfristig mehr Zeit und mehr Freiraum zu lassen, also z.B. größere Anteile des Studiums fakultativ zu machen,

was sicherlich zunächst mal dazu führen würde, dass sich die Leute den Freiraum auch nehmen und erstmal nicht zu den Veranstaltungen kommen würden, was ich aber auch in Ordnung finde. Wenn man erstmal einen Freiraum hat, dann schätzt man den und will den auch irgendwie nutzen. Das wäre eine Sache. Andererseits sehe ich innerhalb des Systems wenig Perspektiven, weil es einfach so konzipiert ist. Ich kann die Vorstellung, dass die Idee dahinter gut, nur die Umsetzung schlecht ist, nicht mehr teilen. Ich merke das ja jetzt in dem Ausschuss, dass es

nicht nur an der Umsetzung liegt. Wir versuchen das ja so gut wie möglich mit Studierenden und Lehrenden umzusetzen, aber oft sind uns einfach die Hände gebunden, weil es da Vorgaben von der KMK, dem Hamburger Senat etc., gibt. Von wem genau diese Zwänge kommen, kann ich gar nicht beurteilen. Aber wir wollten zu diesem Thema auch den Fakultätsrat anregen, sich juristischen Rat zu holen um zu klären, was wirklich sein muss, was wir eventuell zu ernst nehmen und was für einen Spielraum wir eigentlich innerhalb des Systems hätten?

Momentan sehe ich diesen Spielraum nicht. Ich würde sagen: Rigoros abschaffen und eine Studienreform machen, die das umsetzt, was man sich unter einem Studium vorstellt. Es kann nicht sein, dass es vorher eine Struktur gibt und man dann versucht, möglichst alles reinzu-zwängen, was man für ein Studium hält. Man müsste den umgekehrten Weg gehen und von inhaltlichen Überlegungen zu einer Struktur kommen und nicht eine Struktur über den Inhalt bestimmen lassen.

Vielen Dank für das Interview!

Dies ist eine gekürzte Fassung des Interviews. Der vollständige Text findet sich auf der Homepage der Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft unter <http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/wordpress/?p=486>

JUNGS [UND MÄDCHEN], HIER KOMMT DER MASTERPLAN!

(sm) Die Bacheloreinführung liegt nun 4 Semester zurück und pünktlich zum Ende des ersten Studiendurchgangs soll der Masterstudiengang fertig konstruiert sein. So hat sich der BA/MA-Ausschuss (bestehend aus ProfessorInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, TVP und Studierenden) erneut häufig (ein- bis zweimal im Monat) zusammengesetzt und losgelegt. Die Vorgaben der restriktiven Modularisierung wurden (ohne die Suche nach Alternativen) beibehalten. Diskutiert wurde, ob der Masterstudiengang ein forschungs- oder anwendungsorientierter sein sollte, wie viele und welche Schwerpunkte es (auch insbesondere in der Grundausrichtung) geben soll und welche Zulassungsbeschränkungen gelten sollen.

Bis jetzt zustande gekommen ist die Entscheidung für einen forschungsorientierten Master mit dem Titel "Bildungs- und Erziehungswissenschaft", dessen Pflichtbereich aus Allgemeiner Erziehungswissenschaft besteht. Lange wurde über die Schwerpunkte debattiert. Soll es zwei oder drei geben, wenn es doch eine vom Präsidium festgelegte Zahl von nur 40 Masterstudierenden geben soll? Zudem war das Interesse der Lehrenden natürlich da, ihre derzeitigen Schwerpunkte in die Masterstruktur zu integrieren. Schnell stellten sich zwei Gruppierungen heraus. Zum Einen die, die die Schwerpunkte des Bachelors (Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und Behindertenpädagogik) in vertiefender Form im Master weiterentwickeln wollen und zum Anderen diejenigen,

die großen Wert auf Bildungsforschung und somit die Vermittlung von Forschungsmethoden legen und darin eine Notwendigkeit für die Integration in den Masterstudiengang sehen. Geeinigt wurde sich nach langer Diskussion auf zwei sogenannte Profildbereiche, von denen einer von jeder bzw. jedem Studierende/n gewählt werden muss.

Ein Profildbereich heißt "Partizipation und Lebenslanges Lernen" (kurz: PuLL), in welchem die drei Schwerpunkte Sozialpädagogik, Erwachsenenbildung und Behindertenpädagogik verknüpft bzw. ihre gemeinsame gesellschaftliche Relevanz vertieft werden sollen, indem spezifische Fragestellungen aufeinander bezogen und integriert werden. In einem Modul wird es

um Forschungsansätze und -gegenstände gehen, anhand derer Forschungsmethoden vermittelt werden sollen.

Der zweite Profilbereich "Bildungstheorie und Empirische Bildungsforschung" widmet sich der Analyse und Reflexion von Bildung und gesellschaftlichen Transformationsprozessen sowie, in einem Hauptteil, der Aneignung von Forschungsmethoden.

Er wurde von seinen MacherInnen daraufhin so gestaltet, ein berufs- und somit marktrelevanter zu sein, geleitet von der Fragestellung: Welches Handwerkszeug brauchen PädagogenInnen heute, um eine Stelle zu bekommen?

Zwar sind die Modulbeschreibungen recht allgemein gehalten, so dass dazu verschiedene konkrete Seminarthemen gehören können, allerdings wird es auch im Master keine großen Wahlmöglichkeiten geben. Nach der engen Modulstruktur werden bei 40 Studierenden wahrscheinlich nicht mehr als zwei Seminare pro Baustein eines Moduls zur Wahl angeboten werden können (1 Seminar = 20 Studierende), da genau festgelegt ist, welches Seminar in welchem Semester studiert wird und die Wahlmöglichkeiten zudem durch ein striktes ökonomisches Vorgehen enorm beschnitten werden.

Aufgrund eines Fakultätsratsbeschlusses, der besagt, dass sich bei der Gestaltung des Masterstudienganges an den aus den Ziel- und Leistungsvereinbarungen hervorgehenden Curricularwert (1) von 1,2 gehalten werden soll (bei der jetzigen vorläufigen Gestaltung des Masters liegt dieser bei 2,0),

muss es allerdings Veränderungen in der jetzigen Struktur geben. Geschieht dies (d.h. wird die Präsenzlehre verringert, also z.B. ein Modul gestrichen), so gäbe es Raum für z.B. selbstorganisierte Seminare oder tutoriell gestützte Übungen. Für diese Art von Lernen haben wir uns als FSR eingesetzt, allerdings würden selbstorganisierte Seminare in die BA/MA-Struktur integriert werden, d.h. es würde Leistungspunkte geben und müsste an eine Präsenzveranstaltung gekoppelt sein. In einem System, welches alles

(1) Der Wert gibt das Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden an. Je höher dieser Wert ist, umso intensiver ist die Betreuung eines Studierenden durch einen Lehrenden.

vorschreibt, wäre ein selbstorganisiertes Seminar nicht das, was der Titel vorgibt zu sein. Um kritische und selbstorganisierte Bildung betreiben zu können, müsste das grundsätzlich restriktive Bachelorsystem überwunden werden.

In diesem Dilemma befinden wir uns immer noch und erneut! Allerdings wird es weitergehen. Am besten organisieren wir wieder eine Bachelor-VV, in der wir uns über eure Erfahrungen und weitere Schritte austauschen können!

BUCHTIPP: BACHELOR BOLOGNESE

(fm) Im vergangenen Sommersemester ist ein lesenswertes Buch über Erfahrungen mit der neuen Bachelor-Master-Studienstruktur erschienen. Herausgegeben wurde es von Prof. Andrea Liesner und Prof. Ingrid Lohmann, beide Lehrende am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Uni Hamburg.

Die Idee für das Buch entstand im Sommer 2008 im Rahmen eines Seminars mit dem Titel "Bildung - Halbbildung - Unbildung. Studieren unter BAMA-Strukturen".

In den im Buch dokumentierten Beiträgen beschäftigen sich Hochschullehrer_innen, Studierende (auch Mitglieder des FSR Erzwiss. an der Uni Hamburg) und Vertreter_innen des akademischen Mittelbaus aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit den Ursachen, Folgen und Zielen der derzeitigen Universitätsreform.

Der Sammelband ist wegen seiner Aktualität und der unterschiedlichen darin versammelten Perspektiven eine Bereicherung für die kritische Auseinandersetzung mit der im Zuge des Bologna-Prozesses betriebenen Hochschulpolitik und ihren Folgen.

Es findet sich in der Martha-Muchow-Bibliothek unter der Signatur E56/10066.

Die Einleitung und das Inhaltsverzeichnis können auch über das Webmagazin der Fakultät LIFE abgerufen werden: <http://life.epb.uni-hamburg.de/node/4467>



WAS MACHT DAS STUDIERENDENZENTRUM?

Interview mit Fabian Fritz über Studieren im Bachelor-System.

Fabian Fritz arbeitet im Studierendenzentrum und berät dort Studierende bei Problemen und Fragen. Das Interview führte Jana Kemper im Juni 2009.

Seit wann arbeitest du in dem Studierendenzentrum und was genau ist deine Aufgabe?

Ich arbeite dort seit gut einem Jahr, also seit Anfang des SoSe 2008. Meine Aufgabe ist es, Studierenden, die uns um Rat fragen, Rede und Antwort zu stehen. Dabei berate ich sowohl zum grundständigen BA-Studiengang, als auch zum Nebenfach und zu den beiden BA-Lehramtsstudiengängen. Also eben zu allen BA-Studiengängen am Fachbereich. Meine drei Kolleginnen beraten noch zu den alten Studiengängen. Es gibt auch eine extra Beratung für Sonderschullehramt.

Was sind Probleme und Themen, die viele Studierende beschäftigen, die zu euch kommen? An welchen Stellen gibt es Kritik von den Studierenden?

Die Probleme sind so vielfältig wie die Studierenden, die unser Büro betreten. Da will jemand die Sprechzeiten von einem Prof wissen, dann kommt jemand und will wissen, welche Module er/sie im Nebenfach belegen muss und es kommen natürlich auch Leute, die noch gar nicht studieren, es aber vorhaben und nun Infos brauchen. Meistens geht es aber um Modulaufbau, das Praktikum und um Berufschancen. In letzter Zeit kommen allerdings auch viele Leute und wollen etwas über den Master wissen, dazu kursieren eben viele Gerüchte

und die Studierenden wollen wissen, was dran ist.

Kritik kommt vor allem deswegen, weil die Studierenden meist schon zwei bis drei Stellen besucht haben, ehe sie zu uns gefunden haben. Es ist ja generell so, dass mensch eine Menge Wege zurücklegen muss, ehe er/sie an der richtigen Stelle angekommen ist. Sonst gibt es auch Beschwerden über den Ablauf in Seminaren und Vorlesungen. Neulich z.B. waren Leute aus dem zweiten Semester bei mir, denen eine Klausur nicht anerkannt wurde, weil der Professor sie zum falschen Zeitpunkt geschrieben hatte.

Sonst gibt es natürlich viel was wir an Kritiken einstecken müssen, eigentlich alles, was nicht so klappt, wie es sich die Leute vorstellen.

Aber da sind wir abgehärtet. In den letzten Wochen, wie gesagt, gab es eine Menge Kritik an der Masterplatzvergabe.

Wieso, was hat es denn damit auf sich?

Es gibt Gerüchte und Tatsachen, die natürlich unter den Studierenden verbreitet sind. Das geht von der relativ realistischen Aussage, dass es nur für 40% einen Masterplatz gibt, bis hin zu wilden Geschichten, dass es Bevorzugungen für Studierende gibt, die Studiengebühren nicht stunden. Allerdings ist die erste Sorge eine berechtigte Kritik. Niemand weiß, wie viele Menschen aus dem ersten BA-Jahrgang auch einen Master wollen - aber es werden laut Gerüchten ja nur so um die 40% einen bekommen. Da stellt sich bei vielen natürlich die Frage, wie sie unter diese 40

Prozent der Studierenden kommen. Viele berichten mir von Konkurrenzdruck und nervlichen Zusammenbrüchen, weil sie gute Leistungen erzielen wollen.

Und wie stehst du zu der ganzen Sache?

Ich denke, es ist falsch dort eine Auslese vorzunehmen. Es sollte allen möglich sein, die einen Master machen wollen, ihn auch machen zu können. Alle, die wollen, sollten ihren Platz bekommen. Aber da die Beschränkungen wohl auch auf die Kürzungen am Fachbereich zurückzuführen sind, wird es wohl dabei bleiben. Diese Fragen müssten eben in den Ausschüssen geklärt werden. Allerdings, wenn wir schon so eine Situation haben, halte ich es für verwerflich, die Auswahl nach Leistung zu treffen, also eben nach der BA-Note. Einer der ersten Grundsätze in meinem Studium, den ich gelernt habe, war die Sinnlosigkeit von Noten. Es sollte also eine Art Aufnahmetest oder so geben oder Kriterien, wie soziales Engagement. Aber das ist auch irgendwie heuchlerisch, wenn es doch Masterplätze für alle geben könnte.

Wie ist aufgrund deiner Erfahrung im Studierendenzentrum deiner Meinung nach die Grundstimmung gegenüber dem jetzigen System? Gibt es bei Vielen eine Art Resignation?

Nun, es studieren einige aus dem ersten BA-Jahrgang gar nicht mehr, das ist ja Resignation in Reinform. Allerdings ist die allgemeine Stimmung nicht so schlecht, wie mancheR sie gern hätte. Inhaltlich finden viele gut,

was im BA angeboten wird und wünschen lediglich mehr Mitbestimmung bei den Inhalten. Allerdings sieht das bei den Belastungen schon wieder ganz anders aus. Da ist die Stimmung schon eine ganz andere. Viele Leute haben Stress, psychische Probleme und leiden unter dem Leistungsdruck.

Einige Menschen scheinen ihren Tag nur noch in 2-Stunden-Schichten zu planen und diese Zeiteinteilung zieht sich bis in ihre Familien, Beziehungen, Hobbys und sonstige Tagesabläufe. Ich finde das sehr schlimm - aber ich arbeite schließlich auch immer 2h am Stück hier im Studierendenzentrum.

Was willst du den Leuten noch mit auf den Weg geben?

Wenn ihr mal was nicht wisst, kommt gern vorbei! Lieber vorher fragen, als vielleicht hinterher blöd da stehen. Und vom 15. bis 19. Juni ist Bundesweiter Bildungstreik, aber das ist natürlich rein informativ.

ABK - DIE KOMPETENZKOMPETENZ

(sm) Das Veranstaltungsangebot im ABK-Bereich könnte auch als Vorbereitungskurs auf ein Assessment-Center verstanden werden. Seit Beginn des ersten Bachelorstudiendurchgangs tummeln sich unter dem Namen "Allgemeine berufsqualifizierende Kompetenzen" Seminare, die in diesem Semester unter Titeln wie "Stressmanagement", "Selbstkompetenz: Gelassenheit", "Gespräche kompetent führen", "Interkulturelle Kompetenz", "Visualisieren, präsentieren und Rhetorik" angeboten werden. Frei nach dem Motto: "Egal, wie schlecht eure Studienbedingungen sind, wendet einfach eine Gelassenheits- und Stressbewältigungsmethode an und lernt euch zu präsentieren. So helfen wir euch dabei, zu wollen, was ihr sollt und wie der Markt es will."

Verantwortlich für diese Seminare ist das Schlüsselkompetenzzentrum, welches im Fachbereich Psychologie angesiedelt ist. Da zu jedem Bachelorstudiengang auch ein ABK-Bereich gehört, versorgt dieses Zentrum die gesamte Fakultät mit ihrem Angebot.

Für wie viel Sinnvolleres wäre in diesem Raum Platz!!

Es könnte eine "Ankommensphase" geschaffen werden, in der sich Erstsemesterstudierende mit der Institution Universität (heute), mit ihrer neuen Rolle als Studierende/r, mit der Verantwortung von Wissenschaft (auch in

einer globalisierten Welt) auseinander setzen können. Inhaltliche Fragen, die, meiner Meinung nach, zu bearbeiten viel sinnvoller und notwendiger für ein PädagogInnen-Dasein wären, als zu üben, meinem Gegenüber vorzueheucheln wie kompetent ich doch bin. Ein klassischer Fall von Diskrepanz zwischen Inhalt und Form.

Im letzten Semester hat sich, aufgrund von Protesten und Kritik an der jetzigen ABK-Gestaltung, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus ProfessorInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Studierenden, gebildet. Diese AG hat ein Konzept für eine inhaltliche Umgestaltung geschrieben und vom Fachbereich den Auftrag bekommen, die Besetzung zweier ABK-Stellen zu nutzen, um das Konzept umzusetzen. Nach vielen unschönen Auseinandersetzungen

ist dies in dem Fall leider nicht geglückt, da VertreterInnen des Schlüsselkompetenzzentrums in dem zuständigen Ausschuss zu stark vertreten waren und an seiner Ausrichtung festgehalten haben.

Nirgendwo ist festgeschrieben, wie ein ABK-Bereich auszusehen hat und das Konzeptpapier existiert. Ein positives Beispiel gibt es aus dem Fachbereich Psychologie. MitstreiterInnen haben es geschafft, das seit den 70er Jahren existierende selbstorganisierte Seminar "Menschenbilder in der Psychologie" (dieses Semester: freitags, 12-14 Uhr, VMP 5, Rm 4045) in den ABK-Bereich zu integrieren.

So werden wir uns auch in diesem Semester für eine Umgestaltung einsetzen und hoffen dafür sehr auf eure Unterstützung (bzw. wir brauchen sie auch!!)

LESETIPP: "DER BOLOGNA-PROZESS ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT"

Anfang September ist eine lesenswerte 116-seitige Expertise unter dem Titel "Der Bologna-Prozess zwischen Anspruch und Wirklichkeit - Die europäischen Ziele und ihre Umsetzung in Deutschland" erschienen. Sie wurde im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung erstellt. Der Stand der Umsetzung des Bologna-Prozesses wird darin von den Autor_innen unter verschiedenen Aspekten - Zulassungsbeschränkungen, Geschlechtergerechtigkeit, Berufsqualifizierung, Mobilität - untersucht und aktuelle Erhebungen kritisch analysiert.

Die komplette Broschüre ist als Download auf www.gew.de/Binaries/Binary52190/090903_Bologna-Endfassung_final-WEB.pdf, für 2,- im GEW Shop (www.gew-shop.de) oder bei eurem FSR verfügbar.

SO FREI WIE WIR STUDIERENDE ...

(ma) Am 07.04.08 wurde im "Pädagogischen Institut" (VMP 8) der Raum 09 als studentisch selbstverwalteter Raum besetzt, nachdem die schon seit längerem in Gremien immer wieder bekräftigte Forderung der FSRe nach einem solchen ohne Konsequenzen geblieben war.

Bis zum Umbau des Gebäudeteils, in dem sich heute die Martha-Muchow-Bibliothek befindet, war das alte Café Paranoia dort beheimatet, in einem gut 80 qm großen Raum in dem Studierende diskutieren, lesen, sich ausruhen und unterhalten konnten, Wand an Wand mit dem Fachschaftsrat, dem noch einmal 40 qm zur Verfügung standen. Nach dem erforderlichen Umzug wurde dem "Paranoia" der nur 36 qm große Raum 016 zugewiesen, allerdings mit der Zusage, dass dies nur eine Zwischenlösung sei. Ebenso war den FSRen, die sich inzwischen auf 11 qm quetschen durften, ein größerer Raum zugesagt worden. Nun ließ sich diese Not hinsichtlich studentischer Aufenthaltsmöglichkeiten nicht einfach auf die Knauserigkeit etwa des Dekanats schieben, da der gesamten Fakultät bis heute zunehmend Räume fehlen. Was noch nichts an der Situation der Studierenden ändert.

Am Montag, den 07.04.08 wurde also eine Vollversammlung der Studierenden im Fachbereich Erziehungswissenschaft einberufen, auf der beschlossen wurde, die Forderung Wirklichkeit werden zu lassen und den Raum 09 zu besetzen, um die Verhandlungen mit mehr Nachdruck führen zu können und Entschlossenheit zu demonstrieren. Der Raum wurde vorläufig umgestaltet, mit Sofas bestückt,

es wurden Transparente gemalt und AGs gegründet und auch über Nacht in Beschlag genommen. Die Aktion wurde von der Volxküche der Roten Flora, dem Café Paranoia und der T-Stube unterstützt. Im Laufe der Woche handelten die Studierenden einen Vertrag mit dem Dekanat aus, der erstmal eine Zwischenlösung (R213) vorsah, bis der Kellerraum unter dem schwarzen Würfel gegenüber dem Pferdestall renoviert sein würde. So war der Erfolg der Besetzungsaktion ein Gewinn für die ganze Fakultät, weil mit diesem Raum eine Fläche erschlossen wird, die bislang ungenutzt war.

Wie das mit Renovierungen manchmal so ist, dauerte es ein gutes Jahr (bis zu diesen Sommersemesterferien), bis der Kel-

lerraum 57 bezugsfertig wurde. Jetzt ist er jedenfalls da, der studentisch selbstverwaltete Raum, und das schafft neue Möglichkeiten für alle, die unter studentischem Leben mehr verstehen als von einem Seminar zur Vorlesung zur Arbeitsgruppe und zur Lohnarbeit zu hetzen - vielleicht für Kulturveranstaltungen, politische Diskussion, Open-Stage oder was uns sonst noch einfällt. In der zweiten Semesterwoche hat das Raum-Plenum eine Gestaltungswoche organisiert, in der auf jeden Fall die Wände bemalt und eine Bühne gebaut werden soll - auf jeden Fall gibt's dann auch endlich einen Namen...

Also, kommt vorbei, schaut euch den Raum an und macht am besten mit!

VERANSTALTUNGSHINWEIS: OFFENE GRUPPE

(jg) Die Offene Gruppe ist eine politische Gruppe am Fachbereich Erziehungswissenschaft. Sie hat sich im letzten Semester, nach der Protestwoche gegen die finanziellen Einschnitte im Budget der Fakultät, gegründet. Unter anderem hat sie sich dann mit dem Protest gegen die ehemalige Uni-Präsidentin Auweter-Kurtz und dem "Bundesweiten Bildungstreik" befasst.

Für die erste Woche des neuen Semesters lädt die Offene Gruppe ein: Zu einem Treffen zum Kennenlernen und Informationen austauschen über den Stand von studentischem Engagement und Protest am Fachbereich; bei Keksen, Chips und netter Musik. Am Mittwoch den 21.10. um 20:00 Uhr wollen wir uns im neuen studentischen Café am Fachbereich treffen. Dieses befindet sich im Kellerraum K57 (durch den Hinterausgang des PI am großen Treppenhaus raus zur großen Rasenfläche, links am Gebäude entlang und dann links die Treppe herunter direkt vor dem "schwarzen Würfel").



WAHLEN ZUM FAKULTÄTSRAT

(tp) Zum Abschluss des Sommersemesters 2009 haben die Mitglieder aller Fakultäten die künftigen Mitglieder der Fakultätsräte gewählt. Für den einen studentischen Sitz (mit Stellvertretung) in der Erziehungswissenschaft traten zwei Listen an: "Studentischer Fakultätsrat Erziehungswissenschaft" und "Fachschaftsaktive - für kritische und demokratische Bildung". Die letztgenannte, auf der die Großzahl der FSR-Mitglieder kandidierte, erhielt 74% der abgegebenen Stimmen bei einer verbesserten aber immer noch unbefriedigenden Wahlbeteiligung von 13%.

Alte und neue erziehungswissenschaftliche studentische Mitglieder im Fakultätsrat der EPB-Fakultät sind somit Till Petersen und Nissar Gardi (stellv.).

Wir dokumentieren hier das politische Programm mit dem die Liste angetreten ist.

Das vollständige Wahlergebnis für alle Fakultäten und alle Statusgruppen sind zu finden unter: <http://www.uni-hamburg.de/Mitarbeiter/vlergeb.pdf>

Der Fakultätsrat: Was er ist und was er gemacht hat.

Der Fakultätsrat ist das höchste beschlussfassende Gremium der akademischen Selbstverwaltung auf der Ebene der Fakultät. Akademische Selbstverwaltung bedeutet, dass die Mitglieder der Hochschule im Rahmen gesetzlicher Vorgaben selbst über bestimmte Aspekte der Entwicklung ihrer Einrichtung entscheiden.

Auch wenn diese Gremien in den vergangenen Jahren vieler ihrer Zuständigkeiten beraubt worden sind, entscheidet der Fakultätsrat noch in vielen relevanten Fragen: Er beschließt unter anderem die Fakultätssatzung (demokratische Struktur innerhalb der Fakultät), die Einrichtung oder Abschaffung von Studiengängen sowie die Ausgestaltung der Studienordnungen (wie sehen der Bachelor und der Master aus?). Er wählt den Dekan (Leitung der Fakultät) und setzt die Ausschüsse zur Berufung von ProfessorInnen ein.

Darüber hinaus hat der Fakultätsrat EPB in den vergangenen Semestern, meist auf unsere studentische Initiative hin, weitere Beschlüsse gefasst. Zum Beispiel für den Verbleib und die zügige Sanierung der Universität in Eimsbüttel, für die Unterstützung der Volksinitiative "Eine Schule für alle", für die Durchführung eines Dies Academicus gegen die Kürzungspolitik. Verabschiedet wurde auch eine Solidaritätserklärung mit der Fakultät für Geisteswissenschaften und ihrer Wahl von Professor Gutmann als Dekan und eine Zurückweisung des "Maulkorberlasses" durch die damalige Uni-Präsidentin Auweter-Kurtz. Der Fakultätsrat besteht aus 10 ProfessorInnen, 3 Studierenden, 3 Mitgliedern des Technischen, Bibliotheks- und Verwaltungspersonals sowie 3 wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Jedes der 19 Mitglieder hat eine Stellvertreterin, bzw. einen Stellvertreter. Die Sitze werden dabei für jede Statusgruppe aufgeteilt auf die beteiligten Fachbereiche Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft. Die Studierenden der Erziehungswissenschaft haben also 1 Sitz im Fakultätsrat.

Fachschaftsaktive für demokratische und kritische Bildung

Wie geht es weiter mit der Universität nach der Etappe Auweter-Kurtz? Wird der aktuelle Reformkurs nur mit "neuem Führungsstil" fortgesetzt oder gibt es einen politischen Richtungswechsel? Gescheitert ist schließlich nicht nur eine Person, die antidemokratisch ist, Sozial- und Geisteswissenschaften für minderwertig hält, Rüstungsforschung betreibt, Begabungsideologie vertritt und Studiengebühren befürwortet, sondern auch eine Hochschulpolitik, die genau diese Positionen systematisch verfolgt. Ein Kurs-

wechsel ist deshalb dringend geboten: Für Demokratie, kritischen Gesellschaftsbezug in den Wissenschaften, Frieden und Humanität als Leitbild, sozial offene Hochschulen und die Abschaffung der Studiengebühren.

Vor diesem Hintergrund treten wir für die Wahlen zum Fakultätsrat mit dem folgenden Programm an:

Demokratie ->

Für eine Mitgliederuniversität

Die Gremien der akademischen

Selbstverwaltung sind in den vergangenen Jahren massiv reduziert und in ihren Befugnissen beschnitten worden. An ihre Stelle traten hierarchische Managementstrukturen. Dieser Prozess muss umgekehrt werden: Die Mitglieder der Universität müssen gemeinsam und gruppenübergreifend selber über Ziele und Entwicklung der Hochschule beraten und entscheiden können. Dafür ist nicht nur gegen die aktuellen gesetzlichen Regelungen zu wirken. Auch bei der Umsetzung der jüngst beschlos-

senen Fakultätssatzung ist das Prinzip der demokratischen Selbstverwaltung soweit es geht zu realisieren. Über die Fachschaftsräte wollen wir dabei für eine möglichst große Beteiligung der Studierenden an der Gremienarbeit wirken und diese zugleich inhaltlich vernetzen.

Studienreform -> Das restriktive Ba/Ma-System überwinden

Das Bachelor/Master-System mit eng definierten Modulen, strengen Fristen, Anwesenheitskontrollen, Dauerprüfungsstress und selektiven Übergangsquoten schadet den Studierenden und damit auch der Wissenschaft. Dem kann sich niemand mehr entziehen. Eine kritische Bilanz dieser Studiengänge sowie eine umfassende Studienreform ist deshalb dringend geboten. Als erster Schritt müssen die genannten Restriktionen sofort abgeschafft werden. Für die weitere Neugestaltung des Studiums sind positive Elemente der alten Studiengänge aufzugreifen (z.B. größere Eigenständigkeit der Studiengestaltung) und weiterzuentwickeln (z.B. ein erkennbares inhaltliches Leitbild als Orientierungshilfe). Dabei sind die beson-

deren Möglichkeiten der EPB-Fakultät durch die vorhandene pädagogische, didaktische und psychologische Expertise zur Geltung zu bringen.

Kritische Wissenschaft -> Humanismus statt Technokratismus

Aktuell wird in der Universität der sogenannte "Struktur- und Entwicklungsplan 2012" diskutiert. Neben Ärgernissen, wie dem unkritischen Festhalten an Studiengebühren, am Ba-Ma-System oder an STiNE, enthält er vor allem inakzeptable Setzungen für die inhaltliche Ausrichtung von Forschungs- und Wissenschaft. Demnach soll in erster Linie ein technokratisches Verständnis von Mensch, Gesellschaft und Umwelt gefördert werden, also eine wertungskonforme Wissenschaft. Kritische, soziale und historische Wissenschaftsansätze, die auf die nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse aller gerichtet sind, werden dafür geopfert. Das heißt z.B. Naturwissenschaft statt Geisteswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft statt Erziehungswissenschaft. In der EPB-Fakultät bedeutet das: Mehr Ressourcen für die Neuropsychologie, Kürzungen in der Behindertenpäd-

agogik. Wir engagieren uns deshalb für eine inhaltliche Diskussion um die wissenschaftliche Perspektive der Fakultät und der Universität für die Rückbesinnung und Neubildung humanistischer Wissenschaft.

Finanzen -> Entwicklungsmöglichkeiten für alle und Gebührenfreiheit

Mit den vielfältigen Protesten gegen die massiven Kürzungen an der EPB-Fakultät haben wir einige Aufmerksamkeit für das Problem geschaffen, vom Tisch sind diese Pläne jedoch noch nicht (siehe oben: "Kritische Wissenschaft"). Der Protest muss deshalb mit den VertreterInnen aller Statusgruppen fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Gemeinsam wollen wir für eine Finanzierung der Hochschule kämpfen, die allen Fakultäten und Bereichen eine sinnvolle Entwicklungsperspektive eröffnet. Die Studiengebühren gehören nicht dazu. Sie müssen abgeschafft und durch eine bedarfsdeckende staatliche Hochschulfinanzierung ersetzt werden. Dafür wollen wir die Mitglieder der Fakultät als Bündnispartner überzeugen.

ZWEI SCHRITTE VORAN, EIN STEP ZURÜCK

Das Erbe der Auweter-Kurtz

.....

(tp) Ende 2008 legte die damalige Noch-Präsidentin eine neue Formel zur Berechnung der Mittelverteilung innerhalb der Universität vor. Das Ergebnis der Anwendung dieser Formel war unschwer auch ohne diese zu erraten: Künftig eine schlechtere Ausstattung bekommen sollten die Geisteswissenschaften sowie die Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewe-

gungswissenschaft, mehr Geld war vorgesehen für die Wirtschafts- und die Naturwissenschaften. Die Mitglieder unserer Fakultät protestieren seither gegen dieses Vorhaben. Die so berechnete Mittelvergabe sollte Grundlage für den "Struktur- und Entwicklungsplan" (STEP) der Universität Hamburg sein. Der STEP ist - so sieht es das von der CDU zu verantwortende

Hamburgische Hochschulgesetz vor - ein Konvolut, mit dem der externe Hochschulrat auf Vorschlag des von ihm ausgewählten Unipräsidiiums beschließt, welche Forschungsschwerpunkte, Studienfächer, Stellenwidmungen und Hochschulstrukturen künftig zu fördern seien und welche zurückstecken müssen. Zur Erinnerung: Im Hochschulrat sitzen unter anderem Repräsentanten des

Lebensmittelkonzerns Unilever sowie der Hamburger Sparkasse AG - wohlwollende unparteiliche Förderer der Wissenschaft?

Die Rüstungsforscherin, Merkel-Freundin und Studiengebührenbefürworterin Frau Prof. Dr. Auweter-Kurtz ist des Amtes der Universitäts-Präsidentin inzwischen entledigt - mehr als ein Schritt in die richtige Richtung. Der von ihr im Wesentlichen zu verantwortende STEP aber ist inzwischen vom Hochschulrat verabschiedet. Das ist von Übel. Das Ding darf man sich in etwa so vorstellen: Zunächst allgemeine ideologische Zielbestimmung (u.a. Spitzenuni im internationalen Wettbewerb), dann konkrete ideologische Zielbestimmung (z.B. Festlegung von Genforschung als Schwerpunkt) und schließlich abgeleitete praktische Maßnahmen (z.B. Streichung einer Professur für Arbeitssicherheit). Für manchen Wissenschaftsbereich entpuppt sich der STEP dabei als SStruktur-Eliminierungs-Plan.

Der zentrale Satz des STEP lautet: "Die Universität Hamburg wird ihr Engagement im Wissens- und Technologietransfer in den nächsten Jahren deutlich ausbauen. Dabei geht es vorrangig um eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Groß- sowie klein- und mittelständischen Unternehmen aus Industrie, Handel, Handwerk und dem Dienstleistungssektor." Universitäre Kooperation mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kirchen oder Kultureinrichtungen auf dem Gebiet des Wissens- und Technologietransfers sind nicht beabsichtigt. Deren VertreterInnen sitzen allerdings auch nicht im Hochschulrat. Diese kommerzielle Orientierung hat ihren wesentlichen Ausgang offenkundig nicht in den Entwicklungsvorstellungen der Groß-



zahl der Hochschulmitglieder selber. Im diskursiv entwickelten und demokratisch beschlossenen Leitbild der Universität heißt es nämlich statt dessen: "Wissenschaft im Dienst der Menschen: Durch ein breites Angebot wissenschaftlicher Dienstleistungen sowie durch Krankenversorgung auf dem neuesten Stand der Forschung dient die Universität dem Wohl der Menschen und der Erfüllung öffentlicher und gesellschaftlicher Aufgaben."

Im STEP 2012 werden fünf universitäre Forschungsschwerpunkte identifiziert, die zur "Profilbildung" künftig besonders gefördert werden sollen: "Klima, Erde, Umwelt", "Materie und Universum", "Struktur und Funktion von Biomolekülen", "Neurowissenschaften" und "Mehrsprachigkeit". (3.1.3, Seite 14f.) Die vier erstgenannten sind im Hauptgewicht in der Naturwissenschaft angesiedelt, in allen genannten Bereichen dominiert ein technisches Verständnis von Mensch, Welt und Problemlösungen. Soziale und historisch kritische Fragestellungen in Bezug auf aufgeworfene Problemfelder (Klimaentwicklung, Medikamenten- und Lebensmittelproduktion, Krankheiten) bleiben unbeachtet oder nachrangig. (Beschreibung der Schwerpunkte auf den Seiten 286ff. und 169). So wird zum

Beispiel gänzlich unkritisch die Erforschung der Herstellung von synthetischen Futter- und Lebensmitteln in Aussicht gestellt. Psychische Erkrankungen sollen nicht als Ausdruck menschenwürdiger Lebensbedingungen reflektiert werden, sondern als physische neurologische Defekte. Das in der Einleitung genannte Kriterium für die Bestimmung der Forschungsschwerpunkte "hohe gesellschaftliche Relevanz" bedeutet hier Relevanz für die "Wirtschafts- und Standortentwicklung". Es geht ganz ordinär um verwertungskonforme Wissenschaft. Erforscht werden soll, womit sich Gewinne machen lassen. So erklärt sich auch, warum Präsidium und Hochschulrat sich trotz Drängen geweigert haben, das "Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung" im STEP auch nur zu erwähnen, obwohl es zusammen mit dem "Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik" bundesweit einzigartige Möglichkeiten eines friedenswissenschaftlichen Schwerpunkts bietet.

Bereits Ende 2004 hatte die Handelskammer den damaligen Wissenschaftssenator Dräger dazu aufgefordert, "im Hinblick auf das Außenwirtschafts- und Hafencoluster" eine veränderte "Prioritätensetzung" an der Uni vorzuneh-

men und dafür zu sorgen, dass in den Bereichen Flugzeug- und Maschinenbau, Nanotechnologie und "Life Sciences" Ressourcen aufgestockt werden. "Um dies zu finanzieren, komme man nicht darum herum, in anderen Bereichen zu reduzieren, wie etwa bei den Erziehungswissenschaften."(1)

Die entsprechenden Entscheidungen für die Stellenstrukturen sind maximal verantwortungslos. Trotz der aktuellen (globalen) krisenhaften ökonomischen Entwicklungen soll die C3-Professur für Sozial- und Wirtschaftsgegeschichte gestrichen werden. Trotz der didaktischen und integrativen Herausforderungen an das neue Schulmodell sollen in der Erziehungswissenschaft diverse Stellen in der Behinderten- und Sozialpädagogik (sieben Stellen) sowie in den Didaktiken (13 Stellen) gestrichen werden. Trotz Herausforderungen an die Rechtswissenschaft durch aktuelle soziale und technische Entwicklungen (Datenschutz, Genforschung, Reproduktionsmedizin, Völkerrecht, Privatisierungen, etc.) sollen eine C4-Professur für Rechtsphilosophie und eine C4- und eine C2-Professur für Rechtssoziologie gestrichen werden

sowie für zwei weitere Professuren die Widmungen "Rechtssoziologie" bzw. "Sozialrecht" wegfallen.

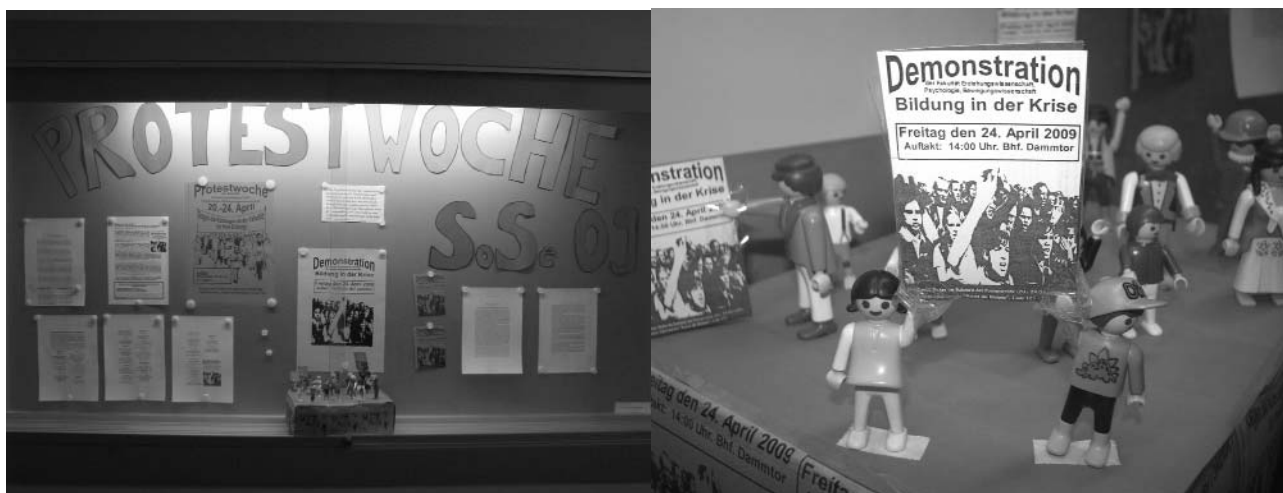
Zur Krönung des Ganzen sollen zur Finanzierung der Stellen erheblich Studiengebühren verwendet werden. Dem STEP ist zu entnehmen, dass nach Vorabzug für zentrale Aufgaben zukünftig über 50 Prozent der Einnahmen aus Studiengebühren in die Finanzierung von unbefristet beschäftigtem Lehrpersonal fließen soll. Unbeantwortet weil unbeantwortbar bleibt, wie die Studierenden - nach gesetzlicher Vorschrift - über die Verwendung von Studiengebühren mitbestimmen können sollen, wenn durch den STEP die Verwendung eines Löwenanteils der Gebühreneinnahmen durch unbefristete Verträge langfristig festgelegt wird. Bei der dreitägigen studentischen Urabstimmung im Mai diesen Jahres an der Universität Hamburg stimmten in einem eindeutigen Votum 96,8 Prozent für die Gebührenfreiheit des Studiums. In Kenntnisnahme dieses bemerkenswerten Ergebnisses hat der Akademische Senat einstimmig beschlossen: "[...] Der Akademische Senat stellt fest, dass die Aussage mehrerer Bürgerschafts-

abgeordneter, die Studierenden würden die Gebühren akzeptieren, falsch ist. Er spricht sich weiter gegen Gebühren im Studium aus und fordert das Präsidium der Universität Hamburg auf, diese Position gegenüber der BWF und dem Senat der FHH zu vertreten."

Bei soviel Schweinereien erstaunt kaum, dass die Universitätsleitung auf Geheimhaltung des STEP besteht - angeblich wegen des "Wettbewerbs" mit anderen Hochschulen. Die für die Öffentlichkeit freigegebene Kurzfassung des STEP findet sich mittlerweile auf der Homepage der Uni(2). Bei Interesse könnt ihr euch an den FSR wenden, um den kompletten STEP einzusehen.

Der STEP ist eine einzige Devotion gegenüber den "Humankapital"-Forderungen von Handelskammer und Co. an die Hochschulen. Er verdient uneingeschränkt attackiert zu werden und verlangt nach Revision. Die Proteste für humanistische Wissenschaft in der EPB-Fakultät sollten deshalb fortgesetzt und qualitativ wie quantitativ ausgebaut werden. Das ist ein sinnvoller Struktur- und Entwicklungsplan.

1 WELT, 04.12.2004, http://www.welt.de/print-welt/article356500/Hochschulreform_Handelskammer_fuer_andere_Prioritaeten.html
2 http://www.uni-hamburg.de/UHH/STEP2012_Kurzfassung.pdf



FÜR EIN GEBÜHRENFREIES STUDIUM!

(ma) Anlässlich der geplanten Evaluierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes in der Bürgerschaft hat die Fachschaftsrätekonferenz an der Universität Hamburg zum Wintersemester eine stadtweite Kampagne zur vollständigen Abschaffung aller Studiengebühren inklusive der Verwaltungsgebühren initiiert. Bis Ende Januar 2010 werden gemeinsam mit Gewerkschaften, oppositionellen Parteien, politischen Jugendgruppen, Schülern, Eltern, der Initiative "Eine Schule für Alle" und anderen Hamburger Hochschulen Unterschriften gesammelt werden. Mit der Unterschriftensammlung wollen wir kritische Auffassungen schärfen und ihnen politisch Nachdruck verleihen. Die in Hessen und bald auch im Saarland eingeleitete Tendenzumkehr zur Abschaffung der Studiengebühren soll in Hamburg fortgesetzt und verstetigt werden, so daß noch rechtzeitig vor Beginn des Sommersemesters am 1.4.2010 die Bürgerschaft auf ihren Sitzungen im Februar 2010 das Hamburgische Hochschulgesetz entsprechend ändert, denn:

- Studiengebühren verschärfen die soziale Auslese, weil sie Studierende zusätzlich mit Kosten belasten, obwohl der gesellschaftliche Reichtum prinzipiell vorhanden ist
- Studiengebühren sind ein ordnungspolitisches Mittel zur Disziplinierung der Studierenden, zur Verdrängung allgemeinbildender Anteile im

Studium und zur Verhinderung gesellschaftlich verantwortungsvoller Wissenschaften,

- Studiengebühren sollen ent-solidarisierend und entdemokratisierend wirken, indem kritisches Engagement für soziale und kulturelle Verbesserungen mit finanziellem Druck bestraft wird.

Gerade die aktuelle Krise der Gesellschaft macht die Notwen-

digkeit emanzipatorischer Bildung und Wissenschaft deutlich: Sie müssen auf Persönlichkeitsentfaltung durch gemeinsame kritische Erkenntnis für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller gerichtet sein. Diese Allgemeinwohlorientierung erfordert eine bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung. Macht mit, informiert euch, diskutiert mit euren Kommilitonen, damit die Kampagne ins Rollen kommt!

ich pauke
du paukst
er/sie paukt
wir pauken
ihr paukt
sie profitieren

FÜR
GEBÜHRENFREIES
STUDIUM

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG
Oktober 2009 bis Januar 2010
www.gebuehrenfreiheit.de